

[Amerikas Krieg gegen Europas Völker - Das ist Brutalität \(tkp.at\)](#)



[Wirtschaft](#)

Amerikas Krieg gegen Europas Völker – Das ist Brutalität

14. September 2022 von [Stephan Sander-Faes](#)

Ein **Strategiepapier der RAND Corp.** Vom 25. Jänner 2022 unterstreicht die geopolitischen Dimensionen des Ukraine-Konflikts.

Etwas mehr als zwei Jahrzehnte nach „9/11“ lässt sich die unangenehme Wahrheit über die Intentionen der US-Regierung nicht länger verheimlichen. **Die kaltschnäuzige Art**, wie Washington **den Planeten in Geiselhaft nimmt**, ist zwar außerhalb des „Westens“ bekannt, aber nun ist es offenbar auch in Ordnung, dies den eigenen „Partnern und Verbündeten“ in aller Deutlichkeit zu zeigen.

Die am 24. Feb. begonnene „militärische Spezialoperation“ Russlands in der Ukraine und deren Konsequenzen sind von größter Bedeutung für die europäischen Länder und Völker: von der Energieversorgung bis hin zu Versorgungsengpässen und Stromabschaltungen, dieser Winter hat es wohl gewiss in sich.

Während also die „Leit- und Qualitätsmedien“ tagtäglich die Aussagen der Politiker/innen über die „Alternativlosigkeit“ der aktuellen Sanktionen stenographieren oder sich gar in gebetsmühlenartigen Wiederholungen der Begriffe „Angriffs- und Vernichtungskrieg“ ergehen, stehen an dieser Stelle wichtigere Überlegungen im Mittelpunkt.

Das Mögliche setzt der Überlegene durch, während der Schwache es hinnimmt.

Wie bereits Thukydides vor rund 2500 Jahren wusste, so setzt sich – jenseits jeglicher Moral – üblicherweise der Stärkere durch, und dies ist im Fall der aktuellen Auseinandersetzung der USA gegen Russland jedenfalls klar ersichtlich.

Vor knapp zwei Wochen [veröffentlichte](#) Thomas Röper (der die Webseite Anti-Spiegel.ru von seiner Wahlheimat St. Petersburg aus betreibt) eine Übersetzung der Zusammenfassung eines vorgeblich von der RAND Corporation erstellten Strategiepapiers. Röper wies darauf hin, dass er weder die Quelle noch den Inhalt überprüfen konnte, und auch meine eigenen Recherchen sind bis jetzt ins Leere verlaufen.

Nun aber hat—mit zweiwöchiger Verzögerung—ein US-Amerikaner namens Larry C. Johnson ebenso auf das Dokument [verwiesen](#), wovon Bilder bzw. eine Transliteration unter anderem auf Substack [aufgetaucht](#) sind. Üblicherweise würde ich dies nicht einfach als Beleg akzeptieren, doch hierbei sei auf den [Lebenslauf](#) von Larry Johnson hingewiesen, der viele Jahre seines Lebens als CIA-Mitarbeiter und im US-Außenministerium zugebracht hat, bevor er sich als „Berater“ im Feld „Counter-Terrorism“ selbstständig machte.

Mit anderen Worten: Es liegen zwei voneinander unabhängige Hinweise bzw. Berichte über dieses Dokument vor, das unter dem Titel *Weakening Germany, strenghtening the U.S.* (etwa: „Schwächung Deutschlands, Stärkung der USA“) vorgeblich auf den 25. Jänner 2022—und somit rund ein Monat vor dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine—datiert. Darin geht es um die Abhängigkeit Europas von russischen Energiereserven, insbesondere von Erdgas für Deutschland bzw. Atombrennstoff für Frankreich, ohne die Versorgungssicherheit russischer Lieferungen blieben der EU bzw. dem EWR nur noch von den USA dominierte Lieferketten übrig.

Es folgt hier also die Übersetzung des Dokuments von Thomas Röper, gefolgt von einigen Anmerkungen über die Hintergründe und Konsequenzen.

Schwächung Deutschlands, Stärkung der USA

Der gegenwärtige Zustand der US-Wirtschaft deutet nicht darauf hin, dass sie ohne finanzielle und materielle Unterstützung von außen funktionieren kann. Die Politik der quantitativen Lockerung, auf die die Fed in den letzten Jahren regelmäßig zurückgegriffen hat, sowie die unkontrollierte Ausgabe von Bargeld während der Covid-Lockdowns 2020 und 2021 haben zu einem **starken Anstieg der Auslandsverschuldung** und einer Zunahme des Dollarangebots geführt.

Die anhaltende Verschlechterung der Wirtschaftslage wird bei den bevorstehenden Wahlen im November 2022 höchstwahrscheinlich zu einem Verlust der Position der Demokratischen Partei im Kongress und im Senat führen. Ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten ist unter diesen Umständen nicht auszuschließen und muss unter allen Umständen vermieden werden.

Es ist dringend notwendig, dass Ressourcen in die nationale Wirtschaft fließen, insbesondere in das Bankensystem. **Nur europäische Länder, die durch EU- und NATO-Verpflichtungen gebunden sind**, werden in der Lage sein, diese ohne erhebliche militärische und politische Kosten für uns bereitzustellen.

Das **Haupthindernis dafür ist die wachsende Unabhängigkeit Deutschlands**. Obwohl es immer noch **ein Land mit eingeschränkter Souveränität ist**, bewegt es sich seit Jahrzehnten konsequent darauf zu, diese Einschränkungen aufzuheben und ein vollständig unabhängiger Staat zu werden. Diese Bewegung ist langsam und vorsichtig, aber stetig. Die Extrapolation zeigt, dass das Endziel erst in einigen Jahrzehnten erreicht werden kann. Wenn jedoch die sozialen und wirtschaftlichen Probleme in den Vereinigten Staaten eskalieren, könnte sich das Tempo erheblich beschleunigen.

Ein weiterer Faktor, der zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit Deutschlands beiträgt, ist der Brexit. **Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus den EU-Strukturen haben wir eine wichtige Möglichkeit verloren, die Aushandlung regierungsübergreifender Entscheidungen zu beeinflussen.**

Es ist die Angst vor unserer negativen Reaktion, die im Großen und Ganzen das relativ langsame Tempo dieser Veränderungen bestimmt. Wenn wir

eines Tages Europa verlassen, besteht für Deutschland und Frankreich eine gute Chance, zu einem vollständigen politischen Konsens zu gelangen. Dann könnten sich Italien und andere Länder des alten Europas – vor allem die ehemaligen EGKS-Mitglieder – dem unter bestimmten Bedingungen anschließen. Großbritannien, das derzeit nicht der Europäischen Union angehört, wird dem Druck des deutsch-französischen Duos allein nicht standhalten können. Wenn dieses Szenario eintritt, wird Europa nicht nur zu einem wirtschaftlichen, sondern auch zu einem politischen Konkurrenten der Vereinigten Staaten werden.

Außerdem wird das alte Europa, wenn die USA für eine gewisse Zeit von innenpolitischen Problemen heimgesucht werden, in der Lage sein, dem Einfluss der amerikanisch orientierten osteuropäischen Länder wirksamer zu widerstehen.

Schwachstellen in der deutschen und der EU-Wirtschaft

Eine Zunahme des Ressourcenflusses von Europa in die USA ist zu erwarten, wenn Deutschland in eine kontrollierte Wirtschaftskrise gerät. Das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung in der EU hängt fast alternativlos von der Lage der deutschen Wirtschaft ab. Es ist Deutschland, das die Hauptlast der Ausgaben für die ärmeren EU-Mitglieder trägt.

Das derzeitige deutsche Wirtschaftsmodell stützt sich auf zwei Säulen. Das sind der unbegrenzte Zugang zu billigen russischen Energieressourcen und zu billigem französischem Strom, dank des Betriebs von Kernkraftwerken.

Die Bedeutung des ersten Faktors ist wesentlich höher. **Eine Unterbrechung der russischen Lieferungen kann durchaus eine Systemkrise auslösen, die für die deutsche Wirtschaft und indirekt für die gesamte Europäische Union verheerend wäre.**

Auch der französische Energiesektor könnte bald in große Probleme geraten. Die vorhersehbare Einstellung der von Russland kontrollierten Kernbrennstofflieferungen in Verbindung mit der instabilen Lage in der Sahelzone würde den französischen Energiesektor in eine kritische Abhängigkeit von australischen und kanadischen Brennstoffen bringen. Im Zusammenhang mit der Gründung von AUKUS ergeben sich neue Möglichkeiten, Druck auszuüben. Diese Frage würde jedoch den Rahmen des vorliegenden Berichts sprengen.

Eine kontrollierte Krise

Aufgrund von Koalitionszwängen hat die deutsche Führung die Lage im Land nicht vollständig unter Kontrolle. **Dank unserer präzisen Aktionen war es möglich, die Inbetriebnahme der Pipeline Nord Stream 2 trotz des Widerstands der Lobbyisten aus der Stahl- und Chemieindustrie zu verhindern.** Die dramatische Verschlechterung des Lebensstandards könnte die deutsche Führung jedoch dazu bewegen, ihre Politik zu überdenken und zur Idee der europäischen Souveränität und strategischen Autonomie zurückzukehren

Der einzig gangbare Weg, Deutschlands Ablehnung russischer Energielieferungen zu garantieren, ist die Einbindung beider Seiten in den militärischen Konflikt in der Ukraine. Unser weiteres Vorgehen in diesem Land wird unweigerlich zu einer militärischen Antwort Russlands führen. Die Russen werden den massiven Druck der ukrainischen Armee auf die nicht anerkannten Donbass-Republiken natürlich nicht unbeantwortet lassen können. Das würde es ermöglichen, Russland zum Aggressor zu erklären und das gesamte Paket der zuvor vorbereiteten Sanktionen gegen das Land anzuwenden.

Putin könnte seinerseits beschließen, begrenzte Gegensanktionen zu verhängen – vor allem gegen russische Energielieferungen nach Europa. **Der Schaden für die EU-Länder wird also durchaus mit dem für die Russen vergleichbar sein und in einigen Ländern – vor allem in Deutschland – wird er höher sein.**

Die Voraussetzung dafür, dass Deutschland in diese Falle tappen kann, ist die führende Rolle der grünen Parteien und Ideologie in Europa. Die deutschen Grünen sind eine stark dogmatische, wenn nicht gar eifrige Bewegung, was es recht einfach macht, sie dazu zu bringen, wirtschaftliche Argumente zu ignorieren. In dieser Hinsicht übertreffen die deutschen Grünen ihre Pendanten im übrigen Europa. Persönliche Eigenschaften und die mangelnde Professionalität ihrer Führer – allen voran Annalena

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4
Baerbock und Robert Habeck – lassen vermuten, dass es für sie nahezu unmöglich ist, eigene Fehler rechtzeitig zuzugeben.

So wird es ausreichen, **das mediale Bild von Putins aggressivem Krieg schnell zu formen, um die Grünen zu glühenden und hartgesottenen Befürwortern von Sanktionen zu machen, zu einer „Partei des Krieges“.** **Auf diese Weise kann das Sanktionsregime ohne Hindernisse eingeführt werden. Die mangelnde Professionalität der derzeitigen Führer wird auch in Zukunft keinen Rückschlag zulassen, selbst wenn die negativen Auswirkungen der gewählten Politik deutlich genug werden.** Die Partner in der deutschen Regierungskoalition werden ihren Verbündeten einfach folgen müssen – zumindest so lange, bis die Last der wirtschaftlichen Probleme größer ist als die Angst, eine Regierungskrise zu provozieren.

Doch selbst wenn SPD und FDP bereit sind, sich gegen die Grünen zu stellen, werden die Möglichkeiten der nächsten Regierung, **die Beziehungen zu Russland schnell genug wieder zu normalisieren, spürbar eingeschränkt sein.** Die **Beteiligung Deutschlands an umfangreichen Waffen- und Rüstungslieferungen an die ukrainische Armee wird unweigerlich ein starkes Misstrauen in Russland hervorrufen, was den Verhandlungsprozess ziemlich langwierig machen wird.**

Sollten sich Kriegsverbrechen und die russische Aggression gegen die Ukraine bestätigen, wird die deutsche politische Führung nicht in der Lage sein, das Veto ihrer EU-Partner gegen Hilfen für die Ukraine und verschärfte Sanktionspakete zu überwinden. **Das wird für eine ausreichend lange Kluft in der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland sorgen, die große deutsche Wirtschaftsunternehmen wettbewerbsunfähig machen wird.**

Erwartete Folgen

Eine **Verringerung der russischen Energielieferungen – im Idealfall ein völliger Stopp dieser Lieferungen – hätte katastrophale Folgen für die deutsche Industrie.**

Die Notwendigkeit, erhebliche Mengen russischen Gases für die Beheizung von Privathaushalten und öffentlichen Einrichtungen im Winter umzuleiten, **wird die Engpässe weiter verschärfen.**

Stilllegungen von Industrieunternehmen werden zu Engpässen bei Komponenten und Ersatzteilen für die Produktion, zum Zusammenbruch der Logistikketten und schließlich zu einem Dominoeffekt führen.

In den größten Betrieben der **Chemie-, Metallurgie- und Maschinenbauindustrie ist ein völliger Stillstand**

wahrscheinlich, da sie praktisch keine freien Kapazitäten haben, **um den Energieverbrauch zu senken.**

Das könnte zur Schließung von Unternehmen mit kontinuierlichem Zyklus führen, was deren Zerstörung bedeuten würde.

Die kumulierten Verluste der deutschen Wirtschaft lassen sich nur ungefähr abschätzen. Selbst wenn die Einschränkung der russischen Lieferungen auf das Jahr 2022 begrenzt ist, werden die Folgen mehrere Jahre andauern, und **die Gesamtverluste könnten 200 bis 300 Milliarden Euro erreichen.**

Das wird nicht **nur der deutschen Wirtschaft einen verheerenden Schlag versetzen, sondern die gesamte EU-Wirtschaft wird unweigerlich zusammenbrechen.**

Wir sprechen hier nicht von einem Rückgang des Wirtschaftswachstums, sondern von **einer anhaltenden Rezession und einem Rückgang des BIP allein bei der materiellen Produktion um drei bis vier Prozent pro Jahr in den nächsten fünf bis sechs Jahren.**

Ein solcher Rückgang wird unweigerlich zu einer **Panik auf den Finanzmärkten führen und diese möglicherweise zum Zusammenbruch bringen.**

Der Euro wird unweigerlich und höchstwahrscheinlich unwiderruflich unter den Dollar fallen. Ein starker Rückgang des Euro wird folglich seinen weltweiten Verkauf zur Folge haben. Er wird zu einer toxischen Währung und alle Länder der Welt werden seinen Anteil an ihren Devisenreserven rasch reduzieren. Diese Lücke wird in erster Linie mit Dollar und Yuan gefüllt werden.

Eine weitere unvermeidliche Folge einer lang anhaltenden wirtschaftlichen Rezession wird ein **starker Rückgang des Lebensstandards und eine steigende Arbeitslosigkeit sein (bis zu 200.000 bis 400.000 allein in Deutschland), was die Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften und gut ausgebildeten jungen Menschen zur Folge haben wird.** Es gibt heute buchstäblich **keine anderen Ziele für eine solche Migration als die Vereinigten Staaten.** Ein etwas geringerer, aber ebenfalls nicht unerheblicher Migrantstrom ist aus anderen EU-Ländern zu erwarten.

Das untersuchte Szenario wird also sowohl indirekt als auch ganz direkt zur **Stärkung der nationalen Finanzlage beitragen.** Kurzfristig wird es den Trend der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Rezession umkehren und darüber hinaus die amerikanische Gesellschaft konsolidieren, indem es sie von unmittelbaren wirtschaftlichen Sorgen ablenkt. Das wiederum wird das Risiko bei der Wahl verringern.

Mittelfristig (4-5 Jahre) könnten sich die **kumulierten Vorteile der Kapitalflucht, der neu ausgerichteten logistischen Ströme und des geringeren Wettbewerbs in den wichtigsten Branchen auf sieben bis neun Billionen Dollar belaufen.**

Leider dürfte auch China mittelfristig von diesem sich entwickelnden Szenario profitieren. **Gleichzeitig erlaubt uns die starke politische Abhängigkeit Europas von den USA, mögliche Versuche einzelner europäischer Staaten, sich China anzunähern, wirksam zu neutralisieren.**

Ende der Übersetzung

Hintergründe und Konsequenzen

Vorneweg sei vermerkt, dass es gewiss Fragen über die Authentizität des Dokuments gibt, was neben deren **potenziell explosiven Inhalten** auch aus einigen Worten im englischen Original erwächst (so findet sich etwa britisches Englisch im Dokument). Dies könnte daher rühren, dass jemand mit britischen Hintergründen und/oder Ausbildung das Dokument verfasst hat; es könnte aber auch sein, dass die USA die Briten für diese Zwecke einsetzen. Nicht auszuschließen ist des Weiteren, dass das Dokument aus russischen Geheimdienstkreisen stammt.

Dessen eingedenk, halte ich die genauen Hintergründe für weniger bedeutsam als die – meines Erachtens realistischen – Folgen des Ukraine-Konflikts. Ungeachtet aller gerechtfertigten Kritik am militärischen Vorgehen Moskaus gegen das Nachbarland stehen die beschriebenen Konsequenzen hier im Mittelpunkt:

Wir sprechen hier nicht von einem Rückgang des Wirtschaftswachstums, sondern von einer **anhaltenden Rezession** und einem **Rückgang des BIP** allein bei der materiellen Produktion um drei bis vier Prozent pro Jahr in den nächsten fünf bis sechs Jahren. Ein solcher Rückgang wird unweigerlich zu einer **Panik auf den Finanzmärkten führen und diese möglicherweise zum Zusammenbruch bringen.**

Um diese angekündigten Folgen auch klar auszusprechen: 3-4% Rückgang der Wirtschaftsleistung in den nächsten 5-6 Jahren entsprechen in etwa dem katastrophalen Einbruch der deutschen Nationalökonomie im 1. Weltkrieg.

„Panik auf den Finanzmärkten“ und deren möglicher „Zusammenbruch“ angesichts dieser Aussichten mögen wohl als geringe Probleme firmieren, wenn wir uns mit den Konsequenzen des für Deutschland wie Österreich-Ungarn verlorenen Krieges befassen. Von 1914-19 wurde de facto alles der Kriegswirtschaft untergeordnet, so gut wie jeglicher Privatkonsum wurde sehr stark eingeschränkt bzw. ausgesetzt, wobei den im Feld gebliebenen, die mehreren Hundertausenden Todesopfer an der „Heimatfront“ zur Seite gestellt werden müssen.

Die wohl ähnlich drastisch betroffenen – einbrechenden – Lieferketten fungieren in diesem Sinne übrigens wie die alliierte Seeblockade im 1. Weltkrieg, die vor allem nach dem Waffenstillstand am 11. November 1918 fortgesetzt wurde, was übrigens völkerrechtswidrig war, aber Deutschland schließlich angesichts der Aussicht einer nicht enden wollenden Hungersnot zur Unterzeichnung des Versailler Vertrags brachte.

Eine zweite historische Parallele jüngeren Datums stellt übrigens die Eurokrise vor rund einem Jahrzehnt dar, in der nordwesteuropäische Finanzinstitutionen mit Firmensitzen vor allem in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden der griechischen Nationalökonomie einen ähnlichen Einbruch der Wirtschaftsleistung um rund ein Drittel brachte, wie der Wirtschaftsprofessor Mark Blyth (Brown University) etwa [an dieser Stelle](#) [ausführt](#).

Weitere Belege, die die Plausibilität bzw. Glaubwürdigkeit des Dokuments letztlich unterstreichen finden sich etwa in einem Beitrag des US-Nationalökonomen Michael Hudson (University of Kansas-Missouri), der die wirtschaftlichen Implikationen der Sanktionen als „[Amerikas dritten Sieg über Deutschland innerhalb von 100 Jahren](#)“ bezeichnete.

Auch die in der Finanzkrise 2007/08 zu größerer Bekanntheit gekommene Wirtschafts-Bloggerin Yves Smith äußerte sich Ende August dieses Jahres ähnlich und fragte, „[ob Europa vor der Ukraine eine Niederlage erleide\[t\]](#)“.

Es sei angeführt, dass diese makroökonomischen Probleme – jenseits der einschlägigen Beiträge von Thomas Oysmüller (etwa [hier](#)) und Peter Mayer (etwa [hier](#), [hier](#), [hier](#)) – auch gänzlich unabhängig von der Authentizität des oben erwähnten Dokumentes für alle Europäerinnen und Europäer von großer Bedeutung sind.

Letztlich ist es also unerheblich, ob die RAND Corp. und die US-Regierung dieses Dokument bestätigen oder auch nicht, [die Folgen der Sanktionen spürt man in Europa jedenfalls am ehesten und härtesten](#). Diese Auswirkungen sind in jedem Fall weder zufällig, noch geschehen diese gleichsam aus blauem Himmel.

Dessen sollten wir alle eingedenk sein, wenn Politikerinnen und Politiker von der „Alternativlosigkeit der Sanktionen“ schwadronieren, denn letzten Endes werden wir allem an der Tafel der Konsequenzen Platz nehmen, und zwar so oder so.

Stephan Sander-Faes ist außerordentlicher Professor für Geschichte der Frühen Neuzeit an der Universität Bergen, Norwegen.



[Wirtschaft](#)

USA sind Hauptverursacher des weltweiten Migrantenproblems

30. Januar 2023 von [Dr. Peter F. Mayer](#)

Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) flieht die Mehrheit der Flüchtlinge in der Welt heute – und seit Beginn dieses Jahrhunderts – aus Ländern, die von der US-Regierung sanktioniert, geputscht und/oder überfallen wurden.

Wie TKP in einer Jahresvorschau [berichtete](#), sind erhebliche Teile der Asylberechtigten für den Arbeitsmarkt – aufgrund fehlender Qualifikationen, mangelnder Verlässlichkeit, Arroganz und ihres undisziplinierten Verhaltens – nicht brauchbar. Sie müssen dauerhaft vom Staat alimentiert werden, was vielen Einheimischen oder auch osteuropäischen Zuwanderern sauer aufstößt, besonders auch dann, wenn diese Gruppe immer wieder durch Gewaltverbrechen auf sich aufmerksam macht. Und das obwohl die Arbeitslosigkeit, weil die Babyboomer in Rente gehen, gegenwärtig zurückgeht und viele Branchen Personal suchen. Die neoliberale Massenzuwanderung nach Europa dient auch dem Aufbrechen der Nationalstaaten (siehe dazu [hier](#), [hier](#) und [hier](#)).

Die Ursachen, warum es Millionen von Menschen aus weltwirtschaftlichen Randgebieten in die Zentralräume nach Westeuropa (und Nordamerika)

zieht, sind bekannt. Sie werden allerdings selten thematisiert. **Krieg und der Verlust von Lebensmöglichkeit in der Heimat entwurzeln die Menschen und treiben sie zur Flucht.** Konsequente Friedenspolitik und Kampf gegen weltweite Ungleichheit, die meist von Freihandelsabkommen flankiert wird, würden also Massenmigration bereits im Keim ersticken. Viele Interessen – von der Rüstungsindustrie bis zu sogenannten „Partnerschaftsabkommen“ zwischen der Europäischen Union und afrikanischen Staaten – stehen dem entgegen. Mehr dazu in diesem TKP-Artikel von Hannes Hofbauer.

Der jüngste Jahresbericht des UNHCR mit dem Titel „[Global Trends Forced Displacement 2021](#)“ besagt, dass 69 % der Flüchtlinge aus nur fünf Ländern stammen, und zwar **aus Syrien (6,9 Millionen), Venezuela (4,6 Millionen), Afghanistan (2,7 Millionen), Südsudan (2,4 Millionen) und Myanmar (1,2 Millionen).**

Abbildung 7 des Berichts „Grenzüberschreitend vertriebene Menschen nach Aufnahmeländern | Ende 2021“ zeigt, dass die wichtigsten Aufnahmeländer in diesem Jahr die folgenden sind: Türkei (3.759.800), Kolumbien (1.843.900), Uganda (1.529.900), Pakistan (1.491.100), Deutschland (1.255.700), Sudan (1.103.900), Bangladesch (918.900), Libanon (845.900), Äthiopien (821.300) und Iran (798.300).

Der Bericht stellt fest, dass 72 Prozent der Flüchtlinge von Nachbarländern aufgenommen wurden, aber die Ausnahmen sind ebenfalls bemerkenswert. Zum Beispiel: „Abbildung 13“ „Wichtigste Länder für die individuelle Registrierung neuer Asylbewerber | 2021“ zeigt, dass die Nummer 1 auf dieser Liste (und diese Zahlen geben NUR die Flüchtlinge an, die in diesen Ländern offiziell als Flüchtlinge registriert wurden, die in diesem Jahr dorthin kamen, NICHT die Gesamtzahl derer, die irgendwie „vertrieben“ wurden und sich nun dort aufhielten) die USA sind, 188.900. #Platz 2 war Deutschland mit 148.200. #Platz 3 war Mexiko mit 131.400. Einige andere Länder unter den Top 10 waren: Frankreich, Spanien, das Vereinigte Königreich und Italien.



[Politik](#)

Washingtons Stellvertreterkrieg gegen Russland scheitert – Ende in Sicht?

28. Januar 2023 von [Dr. Peter F. Mayer](#) 5,4 Minuten Lesezeit

Spätestens seit der informellen Kriegserklärung der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock ist klar worum es sich beim Konflikt in der Ukraine handelt: Krieg der USA und NATO gegen Russland. Das ist weltweit ziemlich klar, nur unsere Medien versuchen die Wahrheit zu verdrehen. Aber die Krieg geht für USA und NATO verloren und wird sich möglicherweise nicht mehr lange hinziehen.

Eine interessante Analyse findet sich bei [The American Conservative](#) von Douglas Macgregor, einem pensionierten Oberst und Berater des Verteidigungsministers in der Regierung Trump. Er äußert sich ziemlich unverblümt und spricht von Stellvertreterkrieg:

„Entgegen den frühen Hoffnungen und Erwartungen des Washingtoner Establishments brach Russland weder innerlich zusammen, noch kapitulierte es vor den kollektiven Forderungen des Westens nach einem Regimewechsel in Moskau. Washington unterschätzte den gesellschaftlichen Zusammenhalt Russlands, sein latentes militärisches Potenzial und seine relative Immunität gegenüber westlichen Wirtschaftssanktionen.

Infolgedessen ist **Washingtons Stellvertreterkrieg gegen Russland** zum Scheitern verurteilt. US-Verteidigungsminister Lloyd Austin **äußerte sich ungewöhnlich offen** über die Lage in der Ukraine, als er am 20. Januar auf dem Luftwaffenstützpunkt Ramstein zu den Verbündeten in Deutschland sagte: „**Wir haben hier ein Zeitfenster von jetzt bis zum Frühjahr**“, wobei er zugab: „Das ist keine lange Zeit.“

Macgregor berichtet über **150.000 Tote und 35.000 Vermisste auf ukrainischer Seite** sowie schwere Verluste an Material. Die russische Seite hat dagegen **genügend Material um 60.000 Artilleriegranaten** täglich zu verschießen, **die Ukraine schafft nur etwa 6.000.** „**Neue Plattform- und Munitionspakete für die Ukraine mögen die Washingtoner Konzerne bereichern, aber sie können diese Bedingungen nicht ändern.**“

Die **europäischen NATO Staaten seien gegen den Krieg wie Ungarn oder Kroatien** oder nur mehr halbherzig dabei wie einige andere Staaten.

Stimme aus Indien

Auf seinem **Blog Indian Punchline** schreibt der pensionierte Diplomat und Botschafter M. K. Bhadrakumar, **dass Russland noch immer bereit ist zu verhandeln,** wie der stellvertretende russische Außenminister Sergei Ryabkov durchblicken hat lassen.

Die militärische Lage und weitere Entwicklung schätzt der indische Diplomat offenbar ähnlich ein wie Macgregor:

„*Nach der Darstellung der westlichen Medien werden die 31 Abram-Panzer und die Leopard-Panzer (insgesamt etwa hundert) den Ukraine-Konflikt entscheidend verändern. Moskau hat das westliche Vorgehen jedoch eher als kluges politisches Manöver eingestuft, das aufgrund der jüngsten militärischen Rückschläge in Kiew und der wachsenden Angst vor einer vernichtenden Niederlage notwendig wurde, falls Russland in den kommenden Monaten eine Großoffensive startet.*

*Militärisch gesehen ändern 100-130 Panzer natürlich kaum etwas am militärischen Gleichgewicht in der Ukraine, das zu Gunsten Russlands ausfällt. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass sich die jüngsten Verluste des ukrainischen Militärs zu einer Niederlage auswachsen, sobald Moskau seine **erwartete Großoffensive startet und dem ukrainischen Militär einen K.O.-Schlag versetzt.***

Der jüngste Besuch hochrangiger Beamter des Nationalen Sicherheitsrats des Weißen Hauses und des US-Außenministeriums in Kiew, gefolgt von einer geheimen Mission des CIA-Chefs William Burns, verdeutlichte den kritischen Charakter der Situation.“

Badrakumar nimmt an, dass die Biden-Administration befürchtet, dass die militärische Niederlage in Verbindung mit den politischen Spannungen innerhalb der ukrainischen Regierung sehr wohl zum Scheitern des Zelenski-Regimes und zum Zusammenbruch des Staatsapparates des Landes führen könnte. Er sieht keinen Grund für die russische Führung dem Westen noch einmal zu trauen, nachdem das Minsker Abkommen über die Autonomie des Donbass vorsätzlich gebrochen wurde. Ein Zuwarten bis die Ukraine wieder aufgerüstet werden kann, sei auch nicht zu erwarten.

Die RAND Studie warnt vor langer Dauer des Krieges

TKP hat über die Studie der RAND Corporation aus dem Jahr 2018 [hier](#) und [hier](#) berichtet. Darin werden Strategien zur Schwächung Russlands (und Deutschlands) vorgeschlagen.

RAND entwickelte politische Optionen in diesen vier Bereichen. Anschließend bewertete es deren Nutzen, Kosten und Risiken sowie deren Erfolgswahrscheinlichkeit.

Hier ist die zusammenfassende Tabelle für wirtschaftliche Maßnahmen:

Table 3.1
Findings for Economic Measures

Measure	Benefits	Costs and Risks	Likelihood of Success
Hinder petroleum exports	High	Low	High
Hinder natural gas exports and pipelines	High	Medium	Medium
Impose sanctions	High	High	High
Enhance Russian brain drain	Low	Low	Low

Die ersten drei Maßnahmen wurden bei Ausbruch des Krieges in der Ukraine umgesetzt.

Zu den geopolitischen Maßnahmen gehörte die Option, der Ukraine Hilfe mit tödlichen Waffen zukommen zu lassen. Dies würde das Risiko mit sich bringen, dass Russland militärisch antwortet und schließlich mehr von der Ukraine einnimmt als die beiden Donbass-Republiken.

In der Studie ([pdf](#)) wird argumentiert, dass die Rückeroberung von Gebieten, die Russland kontrolliert, durch die Ukraine für die Pläne der USA nicht relevant sein sollte. Sie hat wenig Nutzen, aber hohe Kosten. Eine Verlängerung des Krieges birgt zwar einige Vorteile für die USA, ist aber mit noch mehr Risiken und Kosten verbunden.

Potential Costs of a Long War for the United States

Cost

	Cost
Highly significant costs	<ul style="list-style-type: none">• There would be a prolonged elevated risk of Russian nuclear use and a NATO-Russia war.
Moderately significant costs	<ul style="list-style-type: none">• Ukraine would have a greater need for external economic and military support during and after the war.• More Ukrainian civilians would die, be displaced, or endure hardships stemming from the war.• There would be continued upward pressure on energy and food prices, causing loss of life and suffering globally.• Global economic growth would slow.• The United States would be less able to focus on other global priorities.• An ongoing freeze in U.S.-Russia relations would pose challenges to other U.S. priorities.
Less significant costs	<ul style="list-style-type: none">• There is a possibility of Russian territorial gains.• Russian dependence on China could increase.

NOTE: Our weighting, detailed in the text, combines an assessment of consequences of an outcome to the United States.

Besonders wichtig scheint RAND zu sein, dass der Krieg in der Ukraine die USA davon ablenkt, einen Krieg mit China zu beginnen:

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

„Abgesehen von den potenziellen russischen Gewinnen und den wirtschaftlichen Folgen für die Ukraine, Europa und die Welt, hätte ein langer Krieg auch Auswirkungen auf die US-Außenpolitik. Die Fähigkeit der USA, sich auf ihre anderen globalen Prioritäten zu konzentrieren – insbesondere auf den Wettbewerb mit China – wird eingeschränkt bleiben, solange der Krieg die Zeit hochrangiger Entscheidungsträger und die militärischen Ressourcen der USA in Anspruch nimmt. ...

Und obwohl Russland unabhängig davon, wann der Krieg endet, stärker von China abhängig sein wird, hat Washington ein langfristiges Interesse daran, sicherzustellen, dass Moskau sich nicht vollständig Peking unterordnet. Ein längerer Krieg, der die Abhängigkeit Russlands erhöht, könnte China in seinem Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten Vorteile verschaffen.“

Die USA, so RAND, können Maßnahmen ergreifen, die ein schnelles Ende des Krieges möglich machen. Sie können die Ukraine dazu drängen, Verhandlungen aufzunehmen und ein schlechtes Ergebnis zu akzeptieren, indem sie drohen, die Finanzierung des Krieges einzustellen. Sie können Russland dazu ermutigen, in Verhandlungen einzutreten, indem sie eine erhebliche Lockerung der Sanktionen anbieten. Und sie können relativ einfach wieder einen Regimewechsel inszenieren und durch einen neuen Präsidenten Frieden machen lassen. Wollen wir hoffen, dass eines dieser Szenarien verfolgt und möglichst bald eintreten wird.

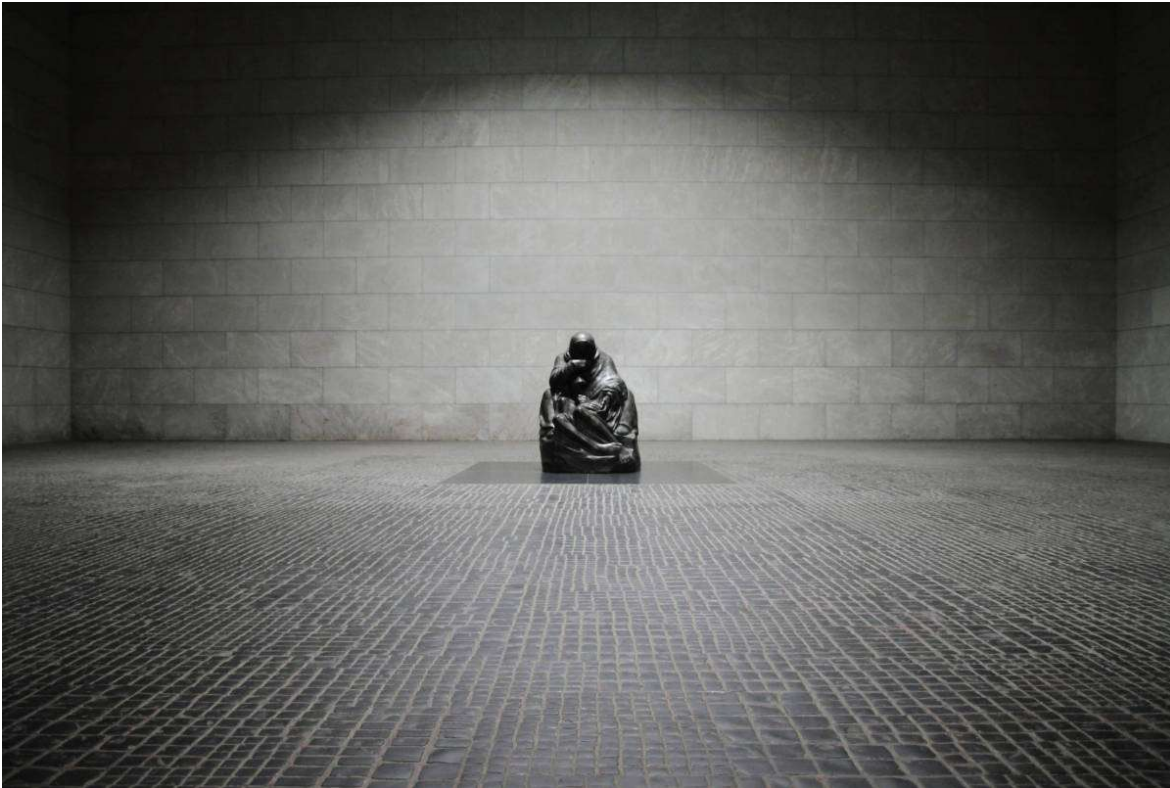
Bild [Gage Skidmore](#) from Surprise, AZ, United States of America, [Joe Biden \(49405308852\)](#), [CC BY-SA 2.0](#)

[Baerbock mit informeller Kriegserklärung: „Kämpfen Krieg gegen Russland“](#)

[Der „böse Russe“, die deutsche Geschichtsvergessenheit und die Blindheit der Berliner Außenpolitik](#)

[Amerikas Krieg gegen Europas Völker – Das ist Brutalität](#)

<https://tkp.at/2023/01/26/srealitaetsverweigerung-in-den-weltkrieg/>



[Politik](#)

Realitätsverweigerung als Abkürzung in den 3. Weltkrieg

26. Januar 2023 von [Prof. Dr. Stephan Sander-Faes](#) 7 Minuten Lesezeit

Wir erleben dieser Tage nicht nur den gefährlichsten Moment seit der Kuba-Krise (1962), in der die Welt am Abgrund eines Atomkrieges stand; vielmehr ist dies der Augenblick, in dem sich die scheußliche Fratze der Kriegsgeilheit bei den meisten Angehörigen der Politikerkaste und deren williger Vollstrecker in den „Leit- und Qualitätsmedien“ zeigt. Vor 30 Jahren gingen Hunderttausende Menschen gegen Fremdenfeindlichkeit auf die Straße; demnächst rollen erneut deutsche Panzer gen Osten. Über Propaganda, Wahnwitz und die Folgen.

Wer dieser Tage in einem vorgeblich neutralen Land wie Österreich lebt, kann sich nur mehr wundern: **Geschichtsvergessenheit und**

Kriegslüsterheit kennzeichnen die Politikerkaste und deren mediale Darstellung; von Besonnenheit oder einem Nachdenken über das, was die aktuellen Meldungen bedeuten, ganz zu schweigen. Vor 30 Jahren gingen Hunderttausende Menschen gegen Fremdenfeindlichkeit nächtens auf die Straßen („Lichtermeer“); **Hass auf alles Russische, bedingungsloser Gehorsam gegenüber den Kriegstreibern und das Ignorieren jeglicher Folgen beschreiben den allgemeinen Geisteszustand dieser Tage.**

Besonnene Worte von Amts- und Würdenträgern vermisst man besonders. Als es um eine Gedenkveranstaltung für die an oder mit Covid verstorbenen Österreicher ging, stellte Bundespräsident van der Bellen immerhin noch ein Kerzerl ins Fenster der Hofburg. Auch von den Vertretern der Amtskirchen stand aufgrund des Wassers, das sonntäglich gepredigt wird, immerhin eine laue Antikriegsposition zu erwarten. Haben Sie etwa ein Piepsen gehört? Das war wohl die arme Kirchenmaus.

„Gott mit uns“

Als die Wehrmacht und ihre europäischen Verbündeten 1941 gen Sowjetrußland zogen, waren die Landser bekanntlich mit Gürteln ausgestattet, die diesen Spruch trugen. Später putzte man sich offiziell so ab, dass dies eine staatliche Sache gewesen sei, keine, die etwa „die Kirche“ an sich betreffe. Kennen Sie Costa-Gavras‘ Film „Der Stellvertreter“?

Historisch betrachtet reichen die Gegensätze zwischen West- und Ostkirche(n) rund 1,000 Jahre zurück. 1054 erfolgte die formelle Trennung, und spätestens **seither erfreut sich Russophobie fröhlicher Urständ**, so etwa die Erkenntnis des Schweizer Politikers Guy Mettan, zusammengeführt in seinem bedeutenden Werk *Russie-Occident – une guerre de mille ans: La russophobie de Charlemagne à la Crise Ukrainienne*.

Wenn Sie sich also fragen, warum man in Russland also immer wieder Napoleon oder Hitler anführt, dem sei das geflügelte Kreisky-Wort entgegen gehalten: „**Lernen’s Geschichte!**“

Es waren ja nicht „nur“ diese beiden Herrschaften, sondern auch die Ereignisse des 1. Weltkriegs (die Mittelmächte besiegten Russland) und dessen Folgen: die Russischen Revolutionen im Februar bzw. Oktober/November 1917 sowie der folgende Bürgerkrieg (in dem übrigens erstmals westliche Truppen auf der Seite der „Weißen“ intervenierten). Staats- und Parteiterror, Stalinismus und der Gulag-Archipel sind ebenso zu erwähnen wie die Tatsache, dass die russischen Verluste der 1990er Jahre in etwa in der Größenordnung des 2. Weltkriegs einzuordnen sind.

Wiewohl dies keineswegs die russische Intervention rechtfertigen soll (kann), so wird deren Handeln immerhin verständlich(er).

„Krieg ist Frieden“

Wenn Ihnen George Orwells „1984“ schräg vorkam, was kann man zu den gestrigen Berichten über die anstehende Panzerlieferung an die Ukraine sagen? Da ist zunächst einmal Oberst Reisner, dessen Aussagen im gestrigen „Standard“-[Podcast](#) einerseits verhältnismäßig tief blicken ließ – und gleichzeitig die nahezu **gemeingefährliche Niveaulosigkeit der „Leit- und Qualitätsmedien“ demonstriert.**

Reisner sprach u.a. über die logistischen Implikationen der angekündigten Lieferung von mindestens drei verschiedenen Panzerwägen (US-Abrams, britische Challenger, deutsche Leoparden). **Absehbare Komplikationen sind die Interoperabilität, unterschiedliche Ausstattung und die Frage der Ausbildung der Panzerbesatzungen.**

Westliche Panzerbesatzungen werden üblicherweise jahrelang ausgebildet, bevor diese überhaupt die jeweils neueren Modelle benutzen (können). Von den z.T. **massiven Unterschieden zwischen den einzelnen Versionen des jeweils „gleichen“ Panzers ganz zu schweigen**, wobei gerade der Einsatz neuer und/oder verbesserter Systeme für die Haupt- und Nebenbewaffnung, zur Gefechtsfeldanalyse in Echtzeit u.v.m. ebenso umfassende Ausbildung bzw. Umschulung erfordern.

Keiner dieser Faktoren wird allerdings im Donbass eine Rolle spielen; im Gegenteil, es steht zu erwarten, dass die rasch, recht oberflächlich und v.a. nur recht kurz ausgebildeten – eingeschulten – ukrainischen Truppen diese **Waffensysteme nicht einmal ansatzweise wie vorgesehen verwenden können.** Von den geringen Zahlen der Panzerwägen ganz abgesehen.

Jenseits aller „Haltungssignale“ aus Berlin, Warschau, Oslo, London und Washington lassen just die handelnden **Polit-Schausteller** klare Aussagen über Ersatzteile, Wartung und Reparatur und den zuverlässigen Nachschub von Munition vermissen.

Ebenso steht es wohl außer Frage, dass der „sachgerechte“ Einsatz schwerer Panzertruppen – üblicherweise in der Form kombinierten Operationen, die eben auch mechanisierte Infanterie, Artillerie- und Luftunterstützung umfassen – nicht zum richtigen Zeitpunkt oder in der vermeintlich notwendigen Stärke erfolgen wird.

„Offiziell wurde schon immer Krieg gegen Eurasien geführt“

Die Altbestände aus dem Kalten Krieg, die in NATO-Lagerhallen auf ihre Verschrottung warteten, sind nun offenbar allesamt aufgebraucht. Nun geht es nicht mehr um eine Form der billigeren „Entsorgung“ ausrangierten Kriegsmaterials; die Ankündigung der Panzerlieferung an die Ukraine zeigt, dass nun Waffensysteme von aktiven Truppenkörpern verschickt werden.

Fragen nach der fortgesetzten Wehrfähigkeit oder gar Einsatzbereitschaft der europäischen Streitkräfte sind bis anhin vermieden worden. Die materiellen Probleme, die nahezu alle westlichen Armeen seit Jahren haben, werden durch die Überstellung der tatsächlich funktionierenden Waffensysteme an die Ukraine nicht behoben; im Gegenteil, das Leistungspotenzial des europäischen Militärs wird dadurch drastisch reduziert.

Klar, diese „Verluste“ werden gewiss ausgeglichen. Alleine Deutschland hat bereits 100 Mrd. Euro dafür – in gewiss einer ersten Tranche – budgetiert, wobei die Profiteure in erster Linie die US-amerikanischen Rüstungskonzerne wie Northrop-Grumman, Raytheon u.v.m. sein werden.

Der Preis für den **Kadavergehorsam der europäischen Politikerkaste gegenüber Washington ist – die endgültige und vollumfängliche Abhängigkeit Europas von den USA.**

In anderen Worten: was auch immer an Selbstachtung und Amtsverständnis existiert hat, ist spätestens seit gestern irrelevant. Europas Politikerkaste haben **die Völker und Wähler der „Alten Welt“ an die Finanz- und Wirtschaftseliten in Übersee verschachert.**

Grün, grün, grün sind alle meine Uniformen

Am ekelhaftesten sind in diesen Zusammenhängen wohl **die Grünen Kriegshetzer und Speichellecker der US-geführten Eskalationspolitik** zu erwähnen.

Entstanden aus der sich formierenden Umweltbewegung der 1960er und 1970er Jahre, sind „die Grünen“ als politische Fraktion die Manifestation des strategischen Fehlers der „alten“ Sozialisten bzw. Sozialdemokraten, die berechtigten Sorgen weiter Teile der Bevölkerung ob der Umweltverschmutzung ernst zu nehmen.

Mitentscheidend für die erfolgreiche Etablierung als parlamentarische Fraktion war die einst **vertretene pazifistische Haltung** führender Grüner. Spätestens seit **der deutschen Beteiligung am US-geführten Angriffskrieg gegen Jugoslawien** Ende der 1990er Jahre gelten die Grünen nicht mehr als verlässlich in dieser Hinsicht.

Die jenseitigen und martialischen Aussagen der aktuellen Führungsriege ist umso bedauerlicher, haben sich die Grünen doch auch von ihrem zweiten ursprünglichen Standbein, **dem Umweltschutz verabschiedet.**

Wie mehrere westliche „Leit- und Qualitätsmedien“ noch 2019 [berichtet](#) haben, emittierten die US-Streitkräfte 2017 rund 59 Mio. Tonnen CO₂, was mehr ist als die Gesamtemissionen von z.B. Portugal oder Schweden.

An ihren Taten werdet ihr sie erkennen

Wenn Sie, werte Grünwähler, also etwas „für den Umweltschutz“ tun wollen, kommen Sie doch zur nächsten Antikriegsdemonstration mit. Kommen Sie doch im Zweifelsfall mit Ihrem Pkw, denn der verbraucht gewiss weniger Treibstoff als die Panzerwägen, die bald gen Osten rollen.

Übrigens sei auf den wohl bevorstehenden Einsatz abgereicherter Uranmunition durch die US-Panzer hingewiesen, die u.a. in Ex-Jugoslawien und im Irak **zu massiven Umweltschäden und der langfristigen atomaren Verseuchung ganzer Landstriche geführt haben.**

Dennoch – die Grünen können sich bis anhin auf die **wohlwollende, aber eben faktisch inkorrekte Berichterstattung** über diese Tatsachen stützen. Wie lange dieses außerordentlich zynische und fundamental unehrliche Kalkül noch gut gehen wird (kann), wird sich alsbald zeigen.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Die **übrigen Kriegstreiber in Parlament und den „Leit- und Qualitätsmedien“** sind von dieser Kritik **ausdrücklich nicht ausgenommen.**

Den Preis für diese **menschenverachtende Politik** haben immer schon andere bezahlt.

Es ist höchste Zeit, sich diesem Wahnsinn entgegenzustellen, denn einige Dutzend Panzerwägen sind wortwörtlich „zu wenig zum Leben, aber zu viel fürs Sterben“.

Forderungen nach „mehr“ Waffen, insbesondere Kampfflugzeugen und – letztlich – Bodentruppen sind vorprogrammiert.

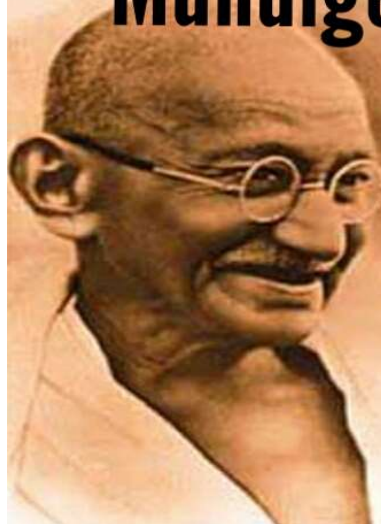
Wehret den Anfängen.

Mit friedliebenden Grüßen aus dem aktiven Widerstand, ihr göttlicher Klaus



WELTFRIEDEN-INTENTIONSPROJEKT von Klaus Schreiner, Innsbruck

Mündige Selbstbestimmung



Wenn einmal das Leben der Menschen so vollkommen sein wird, dass es sich von selbst regeln wird, sind keine Repräsentanten mehr nötig. Wir werden dann eine aufgeklärte Anarchie haben.

In einem solchen Staat wird jeder sein eigener Herrscher sein. Jeder wird sich dann so regieren, dass er seinen Nachbarn nie im Wege steht. Im idealen Staat wird also keine politische Macht vorhanden sein, weil überhaupt kein Staat mehr besteht.

Mahatma Gandhi